

LEITARTIKEL Bundestag diskutiert über Impfpflicht

Die Orientierungsdebatte war noch keine Sternstunde

Wer in der Orientierungsdebatte zur Impfpflicht eine Sternstunde des Parlaments erwartet hatte, der wurde enttäuscht. Die Frage der Impfpflicht ist eine sehr heikle – moralisch, politisch, ethisch, juristisch. Die Parlamentarier bräuchten Zeit, hieß es zur Begründung, warum man einer ersten Lesung zu einem Gesetzentwurf eine Orientierungsdebatte vorschaltete.

So weit, so gut. Wenn dann aber in einer Debatte, die in sachlicher und politischer Begründung für oder gegen die Impfpflicht Argumente und Orientierung liefern soll, die erste Reihe von Regierung und Parlamentariern nicht ans Rednerpult tritt – dann ist das ein Problem.

Ausdrücklich ausgenommen sind hierbei die beiden Minister für Gesundheit, Karl Lauterbach (SPD), und für Justiz, Marco Buschmann (FDP). Beide sprachen in ihrer Funktion als Abgeordnete. Lauterbach warb als Mediziner und Gesundheitspolitiker für die Impfpflicht, Buschmann legte ebenfalls stichhaltig seine begründeten Zweifel an der Maßnahme dar.

Aber wo war der Kanzler, wo die Fraktionschefs der Regierungsparteien, wo die Oppositionsführer der Union? Es kommt der Eindruck auf, dass sich niemand so genau festlegen will – immer noch nicht. Das ist keine Führung in einer Frage, die gerade dieses Land mehr als bewegt.

Die AfD dagegen bot ihre beiden Fraktionschefs auf, die wie erwartet die Debatte nutzten, ihre Ablehnung von allen Maßnahmen darzulegen. Alice Weidel brachte gar einen „Zivilisationsbruch“ ins Spiel. Einen Tag vor dem Gedenken an den Holocaust im Bundestag ist das eine perfide, völlig unangemessene Wortwahl. Und leider kein Zufall. Wie immer bot die AfD obendrein erneut keinerlei Alternative für einen Ausweg aus der Pandemie

oder der Überlastung des Gesundheitssystems.

Gerade gegen diese Fundamentalkritik anzugehen, war die große Chance der Demokraten – aber die Chance wurde leider vertan. Es wäre die Stunde der erfahrenen Parlamentarier gewesen – und nicht die der Neulinge am Rednerpult.

Die Frage ist – neben der moralischen Dimension – auch eine politische. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ist ein Anhänger der Impfpflicht, er ist vorgeprescht, auch unter dem Eindruck der stark steigenden Infektions-Zahlen im Winter. Dann kam die Variante Omikron und hat auch die Sicht auf die Impfungen verändert. Sie schützen nicht vor der Infektion, aber im Regelfall vor einer schweren Erkrankung. Scholz muss es nun gelingen, sein politisches Vorhaben auch durch den Bundestag zu bringen. Wenn die Ampel-Regierung damit scheitert, dann ist es auch für ihn ein Rückschlag beim ersten großen Projekt seiner Regierung.

Man kann hoffen, dass bei der ersten und vor allem der zweiten und dritten Lesung die Debatte noch an Fahrt und Fallhöhe zunimmt. Und dass dann auch ein Bundeskanzler seinen Hut in den Ring wirft. Es ist die erste große Bewährungsprobe der Regierung Scholz. Wenn der Kanzler mit seinem Ansinnen der Impfpflicht bei der fraktions-offenen Abstimmung im Parlament scheitern sollte – dann bitte wenigstens in einer Sternstunde des Bundestags.



KERSTIN MÜNSTERMANN

GLOSSE

Ausgefallene Prüfung

VON PIA ROLFS

Es wird immer schlimmer mit dem Bildungsniveau. Ist doch jetzt beim „Dschungelcamp“ erstmals eine Prüfung ausgefallen, den Teilnehmern wurde ohne Leistung die Höchstpunktzahl geschenkt. Was für ein Signal!

Denn letztlich sagt es, dass der Titel „Dschungelkönig“, der immer den Möchtegern-Promi mit der höchsten Geltungssucht kürte, künftig nichts mehr wert ist. Vielleicht ist dann schon Zaunkönig, wer nicht alle Latten am Zaun

hat, wenn es bei ihm nur laut genug piept. Oder ein Lottokönig, wer nur mal drei Kreuze macht – und das vor Erleichterung und nicht auf dem Lottoschein. Oh, armes Abendland.

Auch für den Begriff Dschungel werden vielleicht die Prüfkriterien bald unzulässig abgesenkt. Gerüchteweise gibt es schon im Frühjahr überall Menschen, die sich angeblich dort durchkämpfen und harte Ekelprüfungen ablegen. Dabei wühlen sie sich in Wirklichkeit nur durch den Paragrafenschungel und machen widerwillig ihre Steuererklärung.



KARIKATUR: HARM BENGEN

ANALYSE Nun richten sich die Augen auf den Münchner Erzbischof. Welche Worte kann der Kardinal finden? Welche Geste? Und hätte dies noch überhaupt noch Auswirkungen?

Was macht Marx nach dem Missbrauchsgutachten?

VON BRITTA SCHULTEJANS

MÜNCHEN (dpa) Es ist jetzt eine Woche her, dass das Gutachten zu sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche im Erzbistum München und Freising die katholische Kirche erschütterte. Und noch immer ringen die Verantwortlichen um Worte. Papst Benedikt XVI., früher Erzbischof in der Diözese, machte mit einer Kehrtwende und dem Geständnis einer falschen Aussage alles nur noch schlimmer. Auch die Stellungnahme seines Nachfolgers Kardinal Friedrich Wetter geriet trotz eines Schuldeingeständnisses gleichzeitig auch zu einer Verteidigungsschrift in eigener Sache.

Und nun also Reinhard Marx. Der Kardinal und amtierende Münchner Erzbischof, seit 2008 im Amt, wird heute bei einer Pressekonferenz zu dem Gutachten Worte finden müssen, möglicherweise auch Gesten. Dass der frühere Bischof von Trier das kann, hat er schon im vergangenen Jahr bewiesen, als er Papst Franziskus spektakulär seinen – kurz darauf abgelehnten – Rücktritt anbot. Er gab damals an, auf diese Weise seine Mitverantwortung für den Missbrauchsskandal zum Ausdruck bringen zu wollen.

Der katholische Theologe Daniel Bogner sagte schon direkt nach der Vorstellung des Gutachtens, welches von mindestens 497 Opfern und 235 mutmaßlichen Tätern ausgeht, dass er nach all den Enthüllungen einen

erneuten Rücktrittsversuch von Marx für angemessen hält. „Und ich hoffe, er wird eine erneute Ablehnung durch Papst Franziskus diesmal nicht akzeptieren. Dies wäre ein zwar zunächst nur symbolisches, aber sehr starkes Zeichen dafür, dass die bisherigen Strukturen der Kirche so nicht weiter funktionieren“, sagte Bogner.

Mit einem zweiten Rücktrittsangebot rechnet der Kirchenrechtler Thomas Schüller dagegen nicht. „Im Lichte seiner erstaunlich leidenschaftslosen und uninspirierten Erklärung am 20.1.22 auf die Veröffentlichung

besonders zu achten sein.“

Welche Worte und welche Gesten Marx auch immer finden mag am heutigen Donnerstag – der Schaden, den das jahrzehntelange Verhalten der Bistumsverantwortlichen der katholischen Kirche zugefügt hat, dürfte irreparabel sein.

Die Wut der Gläubigen ist so groß, dass dies inzwischen sogar die Ständesämter in Bayern in zu spüren bekommen – und aufrüsten müssen, um die Flut der Kirchengaustritte in den Griff zu bekommen.

Allein in München wurden nach Angaben des Kreisverwaltungsreferates (KVR) seit Veröffentlichung des Gutachtens am vergangenen Donnerstag rund 650 Termine für Kirchengaustritte gebucht. Das sind deutlich mehr als doppelt so viele wie üblicherweise zu erwarten gewesen wäre, wie ein KVR-Sprecher sagte. Die Stadt setzt nun zwei zusätzliche Beschäftigte für Kirchengaustritte ein. Und selbst das wird nach Angaben der Stadt noch nicht reichen. Auch die Städte Regensburg, Ingolstadt und Würzburg stocken das Terminangebot auf.

Am Tag vor Marx' mit Spannung erwarteter Stellungnahme warnte der Vatikan davon, sich bei der Bewertung des neuen Gutachtens nur auf den emeritierten Papst Benedikt zu fokussieren. Vielmehr sei es nun wichtig, Lehren für die Zukunft zu ziehen, schrieb Mediendirektor Andrea Tornielli am Mittwoch in einer Stellungnahme des Heiligen Stuhls.



Kardinal Reinhard Marx will heute zum Missbrauchsgutachten Stellung nehmen.

FOTO: JUTRZENKA/DPA

lichung des Gutachtens, die viele Betroffene verletzt und befremdet hat, rechne ich nicht mit einem erneuten Rücktrittsangebot von Marx an den Papst“, sagte er.

Marx würden zwar Pflichtverstöße in deutlich geringerer Zahl als beispielsweise seinem Vorgänger Wetter vorgeworfen, vor allem aber würden ihm „bis in jüngste Zeit weitgehendes Desinteresse und fehlende Empathie für die Betroffenen sexualisierter Gewalt von den Gutachtern testiert. Darauf wird in seiner Stellungnahme

RÜCKBLENDE

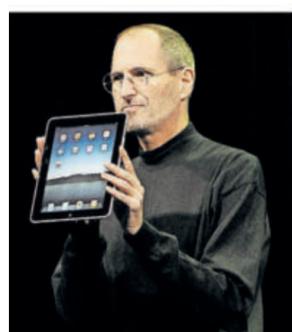
Was geschah am 27. Januar?

2021 Die USA und Russland verständigen sich auf eine Verlängerung des atomaren Abrüstungsvertrags New Start. Das Abkommen von 2010 zur Begrenzung der Waffenarsenale wäre im Februar ausgelaufen.

2020 Aus dem bayerischen Landkreis Starnberg wird der erste Coronafall in Deutschland gemeldet. Ein 33-jähriger Mitarbeiter eines Automobilzulieferers hatte sich bei einer Kollegin aus China angesteckt.

2019 Dänemark wird vor heimischer Kulisse in Herning erstmals Handball-Weltmeister und bezwingt Norwegen klar mit 31:22. Deutschland unterliegt beim Kampf um Platz drei.

2017 Der bisherige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) wird Außenminister. Er löst



Revolutionärer Tablet Computer: Steve Jobs präsentiert das iPad. FOTO: DPA

Frank-Walter Steinmeier (SPD) ab, der für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert. SPD-Staatssekretärin Brigitte Zypries übernimmt das Wirtschaftsministerium.

2010 Apple-Chef Steve Jobs präsentiert in San Francisco das iPad, einen neuartigen Tablet-Computer. Er

wird mit Fingergesten auf einem berührungssensitiven Bildschirm gesteuert.

2002 Bei der Explosion eines Munitionslagers und einem Brand in der nigerianischen Hafenstadt Lagos sterben mehr als 1000 Menschen.

1980 Nach dreißig Jahren erbitterter Feindschaft leiten Ägypten und Israel mit der Öffnung ihrer Grenzen offiziell die Normalisierung ihrer Beziehungen ein.

1967 Unter UN-Vermittlung unterzeichnen 63 Staaten, darunter die USA, die UdSSR und Großbritannien, den Vertrag über die friedliche Nutzung des Weltraums.

1945 Sowjetische Truppen befreien das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz in Polen.

GEBURTSTAGE

PRESESCHAU

Die „OM Medien“ (Vechta/Cloppenburg) schreiben zur CDU und dem Fall Otte:

Die CDU-Spitze hat im Fall Max Otte zügig und konsequent entschieden. (...) Die Werte-Union ist, so scheint es, zum U-Boot der AfD in der CDU geworden – und gleichzeitig zum Instrument, um die Christdemokraten vorzuführen, ihnen zu schaden. Das Parteiausschlussverfahren gegen Otte dürfte Erfolg haben. Das Problem Werte-Union bleibt vorerst. Hier muss die CDU auch Konsequenz zeigen.

Dazu kommentiert die „Rhein-Zeitung“ (Koblenz):

Die Union hat das Verhalten Ottes mit Recht als parteischädigend bewertet, allein die politische Debatte über den Vorgang hat dies gezeigt. Zumal er erneut gegen die Beschlusslage verstoßen hat, dass mit der AfD nicht geredet, vor allem nicht kooperiert wird. Beendet ist das Kapitel damit aber noch nicht. Bei der Bundesversammlung müssen die Unionsvertreter so konsequent sein wie ihre Parteispitze.

Die „Märkische Oderzeitung“ (Frankfurt/Oder) meint zum Förderstopp von Energiesparhäusern:

Mit dem Beschluss, den Energieeffizienzstandard EH55 künftig nicht mehr zu fördern, sondern vorzuschreiben, verteuert Habeck das Bauen. Und zwar in einer Zeit, in der die Preise ohnehin nur noch eine Richtung kennen: nach oben. Das Ziel der Ampel, jährlich 400.000 neue Wohnungen zu bauen, rückt so auf jeden Fall nicht näher. Vor allem kleine Bauherren, Familien etwa, die sich ein Eigenheim leisten wollen, trifft der Zielkonflikt zwischen Klimaschutz und günstigem Wohnraum besonders hart. Die beste aller Altersvorsorgen rückt für viele Interessenten in immer weitere Ferne. Die Ampel-Regierung sollte sich gut überlegen, wie weit sie diesen Konflikt zuspitzt.

Der „Wiesbadener Kurier“ schreibt zu Boris Johnson:

Dass Johnson noch immer Premierminister ist, hängt mit den von ihm selbst mitverschobenen Maßstäben auf der Insel zusammen. Motto: Wenn wir nichts anderes von ihm erwarten, werden wir auch nicht enttäuscht. Diesmal allerdings könnte es für ihn ein Skandal zu viel gewesen sein. Entscheidend ist dabei nicht das Urteil der Öffentlichkeit oder der Medien, sondern das seiner eigenen Partei. Auch sie ist offensichtlich nicht länger willens, ihm die als Exzentrik getarnte Skrupellosigkeit einfach so weiter durchgehen zu lassen. Einzig der Mangel an personellen Alternativen im Amt rettet ihn aktuell. Aber wenn die eingeleiteten Untersuchungen die Vorwürfe erhärten, wird der Druck zu groß. Dann ist er nicht mehr zu halten. Wenn, wird es gewiss ein filmreifer Abgang.

Produktion dieser Seite:

Martin Wittenmeier, Michaela Heinze, Iris Neu-Michalik, Peter Stefan Herbst

Trierischer Volksfreund

Gegründet 1875 von Nikolaus Koch

Verlag:
Trierischer Volksfreund Medienhaus GmbH
54294 Trier, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,
PF 3770, 54227 Trier
Leser-Service 06 51/71 99-0
Leser-Fax 06 51/71 99-9 90
Abo-Service 06 51/71 99-998
Abo-Fax 06 51/71 99-9 78
Anzeigen-Service 06 51/71 99-999
Anzeigen-Fax 06 51/71 99-5 90
Internetadresse: www.volksfreund.de
E-Mail Redaktion: redaktion@volksfreund.de
E-Mail Verlag: kontakt@volksfreund.de

Geschäftsführer:
THOMAS DEICKE, THOMAS MARX

Verlagsleiter:
RÜDIGER KRUPPA

Chefredakteur: THOMAS ROTH

Stellv. Chefredakteur: Peter Reinhart

Chef vom Dienst: Alexander Houben

Newsmanagement: Marek Fritzen, Alexander Houben, Inge Kreutz, Peter Reinhart, Thomas Roth
Reporterchef: Lars Ross, Rebecca Schaal (Stellv.)
Digitaldesk: Johanna Heckeley
Printdesk: Marcus Hormes, Ralf Jakobs (Stellv.)

Verantwortliche Redakteure:
Birgit Markwitan (Magazine)
Ralf Jakobs (Redaktionsmanagement)

Chefreporter: Katharina de Mos, Rainer Neubert, Rolf Seydewitz, Bernd Wientjes

Berliner Büro: Kerstin Münstermann, Werner Kolhoff

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Rüdiger Kruppa

Zeitungszustellung: TV-Logistik GmbH

Bezugspreise: Die Zeitung erscheint täglich außer an Sonntagen und mit einer Doppelausgabe an den Feiertagen und kostet monatlich 43,55 Euro einschließlich Zustellerlohn, Postvertriebsstück: Inland monatlich 48,20 Euro. Ausland monatlich 70,10 Euro. Alle Preise verstehen sich einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten. Bei Nichterscheinen in Folge höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung, Störung usw. kein Anspruch auf Entschädigung.
Eine Abbestellung des Abonnements kann nur schriftlich beim Verlag mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende erfolgen.

Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 66 vom 1. Januar 2022. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Druckerei:
Saarbrücker Zeitung Medienhaus GmbH, 66117 Saarbrücken, Untertürkheimer Str. 15